

Stadt vergibt Kulturpreis

Drei Preisträger teilen sich die Auszeichnung

Mit dem Reinhold-Schneider-Preis, dem wichtigsten Kulturpreis der Stadt Freiburg, werden dieses Jahr die Malerin Susi Juvan sowie der Künstler Andreas von Ow und die Künstlerin Helga Marten ausgezeichnet. Susi Juvan wird mit dem mit 15000 Euro dotierten Hauptpreis geehrt, von Ow erhält das Stipendium und Marten die Ehrengabe mit jeweils 3000 Euro. Oberbürgermeister Dieter Salomon übergibt die Preise bei einem Festakt am Donnerstag, 7. April, um 19.30 Uhr im Kaisersaal des Historischen Kaufhauses am Münsterplatz.

Susi Juvan wurde 1950 in Ebersbach geboren und studierte von 1972 bis 1978 bei Professor Peter Dreher an der Freiburger Außenstelle der Staatlichen Akademie der Künste Karlsruhe. Bereits 1982 wurde ihr Frühwerk mit dem Reinhold-Schneider-Förderpreis ausgezeichnet, seitdem folgten zahlreiche Sti-

pendien, Auszeichnungen und Ausstellungen im In- und Ausland. Juvan lebt und arbeitet in Freiburg.

Andreas von Ow ist gebürtiger Freiburger des Jahrgangs 1981 und lebt seit einiger Zeit in Berlin. Er studierte von 2006 bis 2012 an der Freiburger Außenstelle der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste unter anderem bei Professor Günter Umberg und als Meisterschüler bei Professorin Tatjana Doll. Für sein junges Werk erhielt er bereits mehrere Stipendien und Auszeichnungen, zuletzt 2015 den Kunstpreis der Freiburger Van-Look-Stiftung.

Die 84-jährige Malerin Helga Marten lebt seit 1953 in Freiburg und geht noch täglich zum Malen in ihr Atelier. Von 1952 bis 1960 studierte sie Malerei an den Staatlichen Akademien der Bildenden Künste in München und Freiburg, zuletzt als Meisterschülerin von Professor Hans Meyboden. Im Zentrum ihres bisherigen malerischen und grafischen Lebenswerks stehen Porträts und Landschaften.

Fahrscheine nur am Automat

Ab 15. Februar sind in allen Stadtbahnwagen der Freiburger Verkehrs AG (VAG) Fahrscheine ausschließlich an den neu installierten Automaten, nicht aber bei den Fahrerinnen und Fahrern erhältlich. Außer mit Münzgeld kann dort mit allen gängigen Zahlungsmitteln gezahlt werden, also auch mit Geldscheinen, EC-Karte und Geldkarte. In den Bussen der VAG verkauft weiterhin das Fahrpersonal die Fahrausweise.

Sundgauallee: Bäume fallen

Im Rahmen der Umgestaltung der Sundgauallee verbessert die Stadt auch die Wuchs- und Lebensbedingungen der straßenbegleitenden Platanen. Dafür werden die engen Baumreihen etwas ausgelichtet. Deswegen werden am Sonntag, den 21. Februar, im öffentlichen und privaten Bereich 22 Bäume gefällt. Dabei kommt es kurzzeitig zu kleinräumigen Absperrungen und Behinderungen. Zu gegebener Zeit werden neue Bäume gepflanzt.

Weitere Informationen unter www.freiburg.de/zak

FT baut neue Sporthalle

Einstimmig hat der Gemeinderat für eine neue Sporthalle der Freiburger Turnerschaft von 1844 einen Zuschuss von 50 Prozent der Baukosten genehmigt. Die neue Halle soll nach einer ersten Schätzung rund 5,4 Millionen Euro kosten und auch für Schulsport genutzt werden. Ursprünglich hatte die FT geplant, die in die Jahre gekommene und nicht erstligataugliche Burda-Halle umfassend zu sanieren und zu erweitern. Weil sich für die Bauphase aber kein Ausweichquartier fand, plant die FT nunmehr einen Neubau auf der Freifläche neben der Sportgrundschule. Dafür müssen zwei Tennisplätze weichen und das Multifunktionsspielfeld muss verlegt werden.

Die geplante Drei-Feld-Sporthalle genügt allen Anforderungen des Erstligasports; dadurch kann die weiterhin erforderliche Sanierung der Burda-Halle deutlich abgespeckt werden. Auch an dieser Sanierung soll sich die Stadt nach dem Willen des Gemeinderats zur Hälfte beteiligen. Im Gegenzug erhält die Stadt ein vertraglich gesichertes Belegrecht.

ne gestalten“ anzuschließen. Die Resolution enthält Ziele nachhaltiger Entwicklung, die möglichst weltweit bis 2030 umgesetzt werden sollen. Darunter fallen zum Beispiel Inklusion, Hungerbekämpfung, Geschlechtergerechtigkeit und Schutz der Ozeane. Neu ist die explizite Verankerung der kommunalen Ebene: Städte und Siedlungen sollen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestaltet werden. Der Gemeinderat hat die Verwaltung außerdem beauftragt, die bisherigen Freiburger Nachhaltigkeitsziele in Bezug auf die Resolution zu überprüfen und zu modifizieren.

Dietenbach: Stadt kauft Grundstücke

Ohne Aussprache hat der Gemeinderat mit großer Mehrheit beschlossen, eini-



Nach jahrelangem Ringen zeichnet sich jetzt eine Lösung für das Quartier „Breisacher Hof“ ab. (Foto: A. J. Schmidt)

Breisacher Hof: Bolzplatz ist passé

Gesamtkonzept soll bis Sommer vorliegen

Wie geht es weiter am Breisacher Hof? Lange wurde über die Zukunft des gut 100 Jahre alten, teils sanierungsbedürftigen Kasernenareals an der Breisacher Straße diskutiert. Jetzt scheint eine Lösung in greifbarer Nähe: Mit großer Mehrheit hat der Gemeinderat beschlossen, den bisherigen Bolzplatz aufzugeben und Neubauten mit rund 3900 Quadratmetern Wohnfläche für den geförderten und preiswerten Mietwohnungsbau zu errichten. Noch vor der Sommerpause soll der Gemeinderat über ein detailliertes Gesamtkonzept entscheiden.

Bis dahin soll insbesondere geklärt werden, ob die Gebäude 2f und 2g (siehe Plan) saniert und erhalten oder abgerissen und neu gebaut werden. Eine aktuelle Einschätzung der Stadtbau kommt zum Schluss, dass die Sanierung und Vollmodernisierung der Bestandsgebäude wirtschaftlich günstiger wäre. Außerdem gäbe es bei einem Abbruch Schwierigkeiten mit den Stellplätzen. Für die bestehenden Gebäude gilt nach der Stellplatzverordnung ein Bestandszuschutz. Dieser entfällt bei einem Neubau, sodass wahrscheinlich eine – sehr teure – Tiefgarage gebaut werden müsste. Ebenfalls wird der Abbruch des zwar nicht denkmalgeschützten, aber doch quartierprägenden Ensembles seitens der Verwaltung als städtebaulich unangemessen eingestuft. Durch den Neubau von zwei sechsgeschossigen Häusern könnten aber rund 1600 Quadratmeter zusätzlicher Wohnraum geschaffen

werden – in Zeiten großer Wohnungsnot ebenfalls wichtiges Argument.

Zu Beginn der gemeinderätlichen Aussprache ging Bürgermeister Martin Haag auf die Probleme des bisherigen Planungsprozesses ein und bezeichnete das Projekt als exemplarisches dafür, „wie schwierig Innenentwicklung ist“. Nunmehr liege aber „ein sehr guter Kompromiss“ vor. Dafür gab es auch Lob von fast allen Fraktionen. Gerhard Frey von den Grünen betonte, dass ein wesentlicher Grund für die Aufgabe des Bolzplatzes die geltenden Lärmschutzrichtlinien seien („damit hadere ich“), sah in der geplanten Freiraumgestaltung mit einem neuen Ballspielfeld aber eine gute

Alternative. Um möglichst viel neuen Wohnraum zu schaffen, plädierte er für eine Bebauung aller drei Baufelder, also den Abriss der Gebäude 2f und 2g. Dem hielt CDU-Sprecher Wendelin Graf von Kageneck entgegen, dass Abruch und Neubau zu einer Verteuerung führen. Das von der Verwaltung vorgeschlagene Verfahren, diese Frage bis zum Sommer im Rahmen eines Gesamtkonzepts zu klären, fand seine Unterstützung.

Stefan Schillinger von der SPD sprach angesichts der langen Vorgeschichte von einem „großen Schritt“. Um Innenentwicklungspotenziale zu erschließen, seien auch Opfer wie die Bolzplatzbebauung notwendig. Wichtig sei es nun,

eine Lösung zu finden, die keine Bewohner vertreibe. Sergio Schmidt von der Fraktionsgemeinschaft JPG betonte, wie wichtig es ist, die Jugend aus dem Jugendzentrum Flash zu beteiligen: „Das verhindert Politikverdrossenheit.“

Stadtrat Wolf-Dieter Winkler berichtete von eigenen Erkundungen vor Ort. Die Anwohner wohnten sehr gerne dort und hielten den Bolzplatz für weniger wichtig. „Entsetzt“ seien sie aber über Pläne gewesen, die Häuser 2g und 2f abzureißen. Überdies, so sein Eindruck, sei deren Zustand keineswegs so schlecht wie gedacht. Manfred Stather brachte die Entscheidung für die Freien Wähler auf die kurze Formel „Bolzplatz gegen Wohnraum – darum geht es“. Seine Fraktion plädiert für Letzteres.

Zu einer anderen Einschätzung kamen Lothar Schuchmann und Hendrik Guzzoni von den Unabhängigen Listen. Schuchmann sah zwar den „Zielkonflikt“, sprach sich aber für den Erhalt des Bolzplatzes aus. Guzzoni bezeichnete das Projekt als „Beispiel für eine vermurkste Planung“. Ursprünglich sei geplant gewesen, am Beispiel des bereits abgerissenen Hauses 2h den „annähernd wärmietenneutralen Abriss und Neubau“ zu erproben und dann weitere Schritte zu planen. Das sei aber nie umgesetzt worden.

Noch nicht entschieden ist die Zukunft des Jugendzentrums „Flash“. Festgelegt ist lediglich, dass im Rahmen der Mehrfachbeauftragung die Option eines neuen Stadtteil- und Familienzentrums geprüft werden soll.



Layoutplan Breisacher Hof. Kürzel siehe Text. (Luftbild: Vermessungsamt)

GEMEINDERAT IN KÜRZE

Adolf-Reichwein-Schule wird saniert

Das Bestandsgebäude der Adolf-Reichwein-Schule wird saniert, wie der Gemeinderat grundsätzlich entschieden hat. Mit dem Umbau kann es losgehen, sobald der neue Erweiterungsbau fertiggestellt ist. Um die Sanierung zu planen, werden voraussichtlich 600000 Euro benötigt, die an anderer Stelle beim Schulumbau eingespart werden. Die tatsächlichen Baumaßnahmen muss der Gemeinderat dann gesondert genehmigen.

Resolution zur Nachhaltigkeit

Der Gemeinderat hat nach kurzer Aussprache beschlossen, sich der UN-Resolution „2030-Agenda – Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene

gestalten“ anzuschließen. Die Resolution enthält Ziele nachhaltiger Entwicklung, die möglichst weltweit bis 2030 umgesetzt werden sollen. Darunter fallen zum Beispiel Inklusion, Hungerbekämpfung, Geschlechtergerechtigkeit und Schutz der Ozeane. Neu ist die explizite Verankerung der kommunalen Ebene: Städte und Siedlungen sollen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestaltet werden. Der Gemeinderat hat die Verwaltung außerdem beauftragt, die bisherigen Freiburger Nachhaltigkeitsziele in Bezug auf die Resolution zu überprüfen und zu modifizieren.

Dietenbach: Stadt kauft Grundstücke

Ohne Aussprache hat der Gemeinderat mit großer Mehrheit beschlossen, eini-

ge Grundstücke des Landes Baden-Württemberg für den neuen Stadtteil Dietenbach zu erwerben. Die Stadt zahlt für die rund 220000 Quadratmeter große Fläche den gutachterlich festgelegten Preis von 15 Euro je Quadratmeter, insgesamt also 3,3 Millionen Euro. Die Mittel werden aus dem Vermögen des noch zu gründenden Eigenbetriebs bereitgestellt.

Gesellschaften für das neue Stadion

Nach kurzer Diskussion haben die Rätinnen und Räte sich mehrheitlich auf die Gründung von zwei Stadiongesellschaften („Stadion Freiburg Verwaltungsgesellschaft und Stadion Freiburg Objektträger GmbH & Co. KG“, kurz SFG) geeinigt.

Allerdings will der Gemeinderat nicht nur, wie ursprünglich vorgesehen, zehn Mitglieder in den SFG-Aufsichtsrat entsenden, sondern 14, damit neben dem Oberbürgermeister und dem Baubürgermeister alle Fraktionen und Gruppierungen vertreten sind. Mit zwei Gegenstimmen wurde diesem Ansinnen stattgegeben. Der SC Freiburg ist mit vier Mitgliedern vertreten, die jeweils ein einfaches Stimmrecht haben.

Staudinger-Neubau: Wettbewerb

Mehrheitlich hat der Gemeinderat den Auslobungstext für den Wettbewerb zum Neubau der Staudinger-Schule beschlossen. Angesichts der in Freiburg anwachsenden Schü-

lerzahlen und der aktuellen Flüchtlingssituation sieht die Auslobung des Architektenwettbewerbs für die Bebauung des Schulgrundstücks der Staudinger-Schule eine Erweiterungsoption in der Größenordnung von mindestens 10 Prozent der Programmflächen vor. Im Juli 2016 entscheidet ein Preisgericht über die Wettbewerbsarbeiten.

Beteiligungsbericht 2015

Der Beteiligungsbericht 2015 ist genehmigt. Darin ist die wirtschaftliche Entwicklung der 32 Unternehmen, fünf Eigenbetriebe und vier Zweckverbände, an denen die Stadt beteiligt ist, detailliert aufgelistet. Besonders bemerkenswert ist das Investitionsvolumen der städtischen Töchter und Beteiligungen mit ihren über 400

Mitarbeitenden: 2014 lagen die Investitionen bei 157,2 Millionen Euro, bis 2020 sind insgesamt über eine Milliarde Euro geplant.

Neubau für die Friedhofsverwaltung

Die Friedhofsverwaltung und der Bestattungsdienst erhalten ein neues Gebäude. Der ursprüngliche Entwurf wurde nach Vorschlägen des Gestaltungsbeirats verändert. Wie der Gemeinderat beschlossen hat, beruht das Raumkonzept der Gebäudeplanung auf einer klaren Trennung der Friedhofsverwaltung im Obergeschoss und des Bestattungsdienstes im Erdgeschoss. Zudem ist ein über beide Stockwerke reichendes, offenes und lichtdurchflutetes Foyer vorgesehen.

(Gemeinderat, 2. Februar)